

Rede von
Josef Hülsdünker,
Vorsitzender DGB Region Emscher-Lippe

DGB Münsterland – Ziel: „Gute Arbeit“
11. August 2009

Referat zur Veranstaltung „Gute Arbeit im Münsterland“

Kolpinghotel Münster

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Brandner!
Sehr geehrte Damen und Herren!
Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Als Vorsitzender dieser Emscher-Lippe-Region und der Region Münsterland bedanke ich mich bei der SPD für das Zustandekommen dieser Veranstaltung zum Thema „Gute Arbeit“.

Diese Veranstaltung ist ein öffentlicher Beleg für die funktionierende Kooperation zwischen SPD und Gewerkschaften in Münster und dem Münsterland. In Zeiten heißer Wahlkämpfe möchte ich an das Mannheimer Abkommen von 1906 erinnern, in dem klargelegt wurde, dass beide – Gewerkschaften und SPD - von einander unabhängige Organisationen sind. Die Bindungswirkung dieser programmatischen Feststellung hält bis heute an. Anderes wäre mit einer Einheitsgewerkschaft auch gar nicht machbar.

Allerdings haben beide Organisationen ihre gemeinsamen Wurzeln in der Arbeiterbewegung. Das verbindet DGB und Gewerkschaften mit der SPD mehr als mit jeder anderen Partei.

Deshalb ist es aus gewerkschaftlicher Sicht so wichtig und so überfällig, sich gemeinsam dem Thema „Gute Arbeit“ zu stellen. Wir Gewerkschafter hoffen, dass damit die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der lohnabhängigen Menschen wieder in das Zentrum sozialdemokratischer Politik rückt.

Uns sind Arbeit, soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Menschenrechte wichtig, nicht aber entgrenzte Finanzmärkte und Bankenmacht, deregulierte Arbeitsmärkte und Bildungsarmut bei den Jungen und Altersarmut bei Rentnern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Liebe Genossinnen und Genossen!

Bekanntlich gibt es ein Leben vor der Krise, ein Leben mit der Krise und ein Leben nach der Krise. Dieses Schema ist konstitutiv für kapitalistische Marktwirtschaft und verlangt nach dem ordnenden Eingriff des Staates, - des sozialen und demokratischen Rechtsstaates. Das wurde und wird nicht von allen so gesehen und ist deshalb eine der großen Konfliktlinien in unserer Gesellschaft.

Inzwischen gewinnen politische Überzeugungen an Boden, die der zerstörerischen Kraft des so genannten „Turbokapitalismus“ durch Regulation beizukommen versuchen. Es kann aus unserer Sicht ja nicht sein, dass Ludwig Erhards Erfolgsmodell: „Wohlstand für alle“ von den Gierigen, den Reichen und den Mächtigen einfach beseitigt wird.



Ob jedoch das neoliberale Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell erneut auf dem historischen Friedhof für menschenverachtende Irrlehren beigesetzt wird, ist noch längst nicht entschieden. Aber: Gegen ein neoliberales „weiter so“ steht – wenn schon nicht Angela Merkel -, so doch der amerikanische Präsident Barack Obama. Dieser amerikanische Präsident findet, dass raffgierige Wallstreet-Milliardäre eingesperrt gehören und sieht Gewerkschaften nicht als Teil des Problems, sondern als Teil der Lösung.

Das sehen wir auch so!

Auch Frank-Walter Steinmeier sieht das so und zitiert Helmut Schmidt: „Dieser Raubtierkapitalismus bedroht offene Gesellschaften und bedarf tief greifender Korrekturen der Finanzindustrie“. Mit dieser Unterstützung könnte auch das Thema „Gute Arbeit für alle“ anstelle von „Super-Renditen für wenige“ eine neue Chance erhalten.

Es sollte DGB und SPD gelingen, an die nie zu Ende gesponnenen Fäden der Debatte um die „Humanisierung der Arbeit“ der 70iger und 80iger Jahre anzuknüpfen. Doch eines ist klar: Wie auch immer der sich zuspitzende aktuelle Konflikt um Macht und Rendite entschieden wird, er wird Einfluss auf die Realwirtschaft und damit auf Chancen und Risiken für „gute Arbeit“ von Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Genossinnen und Genossen!

Warum wollen Teile der Unternehmerschaft, der Handwerker und der Gewerkschafter das Finanzkapital an die ganz kurze Leine nehmen? Die Antworten auf diese Fragen findet man leicht: Sie finden sich in Umfragen über Arbeitsplatzunsicherheit und in statistischen Daten über wachsende Armut. Sie finden sich in gespürter Umverteilung von unten nach oben, oder in erlebten wirtschaftsräumlichen Benachteiligungen. Sie finden sich bei prekär Beschäftigten, unterbezahlten Frauen und in von „Heuschrecken“ ruinierten Unternehmen der Realwirtschaft. Sie finden sich im Ärger von kleinen, zuliefernden Unternehmern über die „Gewinnumverteilung“ in die Kassen von Konzernen und Heuschrecken. Dies alles findet sich auch im Münsterland.

Damit sind wir schon mittendrin im Thema –

sehr geehrter Herr Staatssekretär, liebe Kollegen, werte Gäste!

Werfen wir zunächst einen kurzen Blick auf das Münsterland: 1,5 Million Einwohner, 515.939 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte, knapp 120.000 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter gibt es in dieser Region.



Aber: 48.323 Arbeitslose und fast 36.000 angezeigte Kurzarbeiter seit Jahresbeginn kennzeichnen die schwierige Lage auf dem Arbeitsmarkt und in der produzierenden Realwirtschaft.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Im Herbst erwarten wir eine Welle der Entlassungen in der gewerblichen Wirtschaft. Von vielen Betriebsräten ist zu hören, dass Unternehmen die Kurzarbeit nicht weiter mittragen wollen. Sie planen zudem Entlassungskontingente, die unnötig vergrößert werden, weil sie für die Zukunft mit billigeren Leiharbeitskräften planen. Diese Entwicklungen treffen auf einen sich bereits vom Einzelhandelsverband befürchteten Konsumeinbruch spätestens zum Weihnachtsgeschäft.

Der sich zumindest in vielen NRW-Städten abzeichnende Zusammenbruch der Gemeindefinanzen am 2010 wird zudem zu einem gewaltigen Ausfall öffentlicher Nachfrage bzw. Investitionen führen. Hinweis: Die Konjunkturprogramm II – Mittel werden zu mehr als der Hälfte in den kommenden Jahren durch die mit beschlossenen Steuerausfälle aufgeessen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Genossinnen und Genossen!

In dieser Situation würde der vollständige Kohlerückzug weiteren 15.000 Menschen in unserem Regierungsbezirk Münster den Arbeitsplatz kosten und könnte sich stark Krisen verschärfend auf die gesamte Regionalwirtschaft auswirken. Insgesamt würden laut Prognos – Studie rund 30.000 Menschen, die mit dem Bergbau verflochten sind, bis spätestens 2018 ihre Arbeit verlieren und der Wirtschaft im Regierungsbezirk Münster würden 200 Mill. € an Aufträgen entgehen.

Für uns –

sehr geehrter Herr Staatssekretär, liebe Kolleginnen und Kollegen –

stellt sich vor dieser Problem-Kulisse die Frage, ob ein wichtiges Thema wie „gute Arbeit“ überhaupt Chancen auf dem „politischen Parkett“ hat? Kann es überhaupt Eingang in das Alltagshandeln von Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräten und Unternehmensleitungen finden – angesichts von Insolvenzen, Kurzarbeit und drohender Arbeitslosigkeit?

Der DGB-Index „gute Arbeit“ zeigt für Deutschland, dass es sie wirklich gibt: Die „gute Arbeit“ Aber wie Sie sehen, gibt es hierzulande auch viele Beschäftigungsfelder, in denen „gute Arbeit“ eher ein Fremdwort ist.



In unserer Region sieht die Lage etwa so aus: In mitbestimmten Unternehmen und Betrieben, Verwaltungen und sozialen Einrichtungen ist die Arbeit nach wie vor hart, schwer und intensiv. Aber: Sie ist meist qualifiziert, sie ist weitgehend unfallfrei, sie kennt hohe Arbeitsschutz-Standards, und sie wird meist anständig bezahlt. Ihre Zahl jedoch ist insgesamt weiter stark rückläufig. Vollerwerbsarbeitsplätze verschwinden und zu wenige neue und oft auch weniger „gute“ Arbeitsplätze folgen.

Gerade in den letzten Jahren ist die Deregulierung der Arbeitsbeziehung politisch sehr beschleunigt worden: Mit der Folge, dass viele der neuen Arbeitsplätze in prekären Verhältnissen angesiedelt sind. Mit anderen Worten: DGB und Gewerkschaften haben alle Hände voll zu tun, um die Qualität und Sozialverträglichkeit der neu entstehenden Arbeitsplätze überhaupt erst herzustellen – bislang mit sehr mäßigem Erfolg.

Unser gewerkschaftliches Ziel ist daher auch zunächst entsprechend grundsätzlich: Wir verlangen „gute Arbeit“ für alle Beschäftigten!

Liebe Genossinnen und Genossen!

Was aber verstehen DGB und Gewerkschaften unter „gute Arbeit“? „Gute Arbeit“ hat viele Facetten, ich nenne davon die Wichtigsten:

„Gute Arbeit“ in unserem Sinne muss soziale Sicherheit und Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglichen.

„Gute Arbeit“ muss ferner entsprechend den gesellschaftlichen Verteilungs- und Einkommensrelationen gerecht entlohnt werden.

„Gute Arbeit“ ohne Mindestlohn kann es nicht geben!

Auf „Gute Arbeit“ folgt eine Lebensstandard sichernde Rente.

„Gute Arbeit“ muss die Gesundheit der Beschäftigten schützen, um das Erreichen der Altersrente mit 65 Jahren – und nicht mit 67 Jahren - zu ermöglichen.

„Gute Arbeit“ wird nach dem Grundsatz „gleiches Geld für gleiche Arbeit“ entlohnt.

Mit „guter Arbeit“ verdienen Frauen nicht durchschnittlich 23 Prozent weniger als Männer, sondern das Gleiche.

„Gute Arbeit“ für Zeitarbeitnehmer bedeutet Gleichstellung mit den Stammebelegschaften: bei Bezahlung, Arbeitsbedingungen und Arbeitsplatzsicherheit .

„Gute Arbeit“ orientiert sich an den höchsten Umwelt- und Arbeitsschutzstandards.

Sie stellt Arbeitssicherheit und Unfallschutz ins Zentrum der betrieblichen Arbeitsabläufe.

„Gute Arbeit“ macht weder den 10-Stunden-Tag noch die 60-Stunden-Woche zur Regelarbeitszeit.

Und schließlich:

„Gute Arbeit“ eröffnet Möglichkeiten und Chancen auf lebenslanges Lernen und berufliche Weiterbildung, um Arbeitsplätze zu sichern und beruflichen Aufstieg zu ermöglichen.

Verehrte Genossinnen und Genossen! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Diese Eckpfeiler für „gute Arbeit“ stehen in direktem Widerspruch zu den abgehobenen Renditezielen des Finanzkapitals und den Kostensenkungsstrategien von Management und neoliberaler Betriebswirtschaft. Für die Verwirklichung unserer Ziele brauchen wir deshalb viel Unterstützung und vor allem den Gesetzgeber, der uns den Rücken stärkt. Schwarz-Gelb ist in diesen Fragen für Gewerkschaften absolut keine Hilfe. Rot-Grün hat sich nach dem Wahlerfolg 1999 gut geschlagen bis etwa 2003 und hat dann den so genannten Besserverdienenden „in der Mitte“ viel Freude gemacht, nicht aber den real Wertschöpfenden in den Betrieben.

Jetzt aber greift die Partei das Thema „Gute Arbeit“ auf.

In Frank-Walter Steinmeiers „Deutschlandplan“ auf Seite 34. Eingebunden in folgenden Satz: „Eine gerechtere Lohnverteilung, Mindestlöhne und gute Arbeit erhalten den Wohlstand in unserem Land.“ Das ist sehr gut!

Offenbar sind die Themen der arbeitenden Menschen wieder auf dem Vormarsch und die von der IG BCE erhobene Forderung: „Zuerst der Mensch“ bekommt programmatische Bedeutung. Jetzt können und jetzt werden SPD und DGB den Vorrat an Gemeinsamkeiten wieder vergrößern – ganz im Sinne und der Tradition des „Mannheimer Abkommens“:

Sie werden nach der Bundestagswahl am 27. September wieder zu einer verabredeten Arbeitspolitik kommen – ganz im Sinne des DGB-Konzepts für „Gute Arbeit“ .

**Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Verehrte Genossinnen und Genossen!**

In dem mir vorgegebenen Zeitrahmen möchte ich nur vier Aspekte des gewerkschaftlichen Konzepts für „Gute Arbeit“ kurz ausführen. Wer mehr zu diesem Thema erfahren will, den verweise ich auf zahlreiche Materialien auf der Homepage: www.dgb.de. Dort findet man auch die differenzierten Ergebnisse des DGB-Indexes „Gute Arbeit“ ausführlich dargestellt.

**Liebe Genossinnen und Genossen!
Liebe Kolleginnen und Kollegen!**

Erstens: Die neoliberalen Kostensenkungsstrategien – auf allen Ebenen des Wirtschaftslebens – haben bei vielen Arbeitnehmern zu große Schwierigkeiten bei der Organisation eines `erfolgreichen` Erwerbslebens geführt: So wurde beispielsweise die berufliche Erstausbildung unter Kostengesichtspunkten herunter gefahren. Man nahm an, Fachkräfte in genügender Zahl auf dem Arbeitsmarkt zu finden. Wenn das nicht gelingen wollte, sollte z. B. über Grenzöffnung oder Greencards der Zugriff auf internationale Arbeitsmärkte eröffnet werden. Zugleich wurde in den Betrieben berufliche Fort- und Weiterbildung fast nur für Führungskräfte zugelassen.

Für die Weiterbildung der Facharbeiter wurde wenig getan. Da ging es im Wesentlichen nur um eine intensive, kurzfristige Vernutzung der Arbeitskraft während ihrer „besten Jahre“. Von „guter Ausbildung“ und „guter Weiterbildung“ als Grundlage für „Gute Arbeit“ war und ist in vielen Unternehmen kaum die Rede. Der Gesetzgeber muss endlich eingreifen. Die Unternehmen müssen ihrer Aus- und Weiterbildungsverpflichtung als Grundlage für „Gute Arbeit“ nachkommen. Es ist gut, dass im „Deutschlandplan“ von F-W- Steinmeier diese Fragen aufgegriffen werden und ein „Recht auf Weiterbildung“ verlangt wird. Aber die Umsetzung muss folgen!

**Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Genossinnen und Genossen!**

Zweitens: Arbeitnehmer einkaufen und möglichst mit langen täglichen und/oder wöchentlichen Arbeitszeiten auszunutzen, um sie spätestens mit 50 abzustoßen, galt vielen Managementphilosophien als Personalentwicklung. In unserer gewerblich geprägten Region arbeiten die meisten nicht bis zum 60. Lebensjahr. Das schaffen laut Statistik nur Professoren, höhere Verwaltungsbeamte, Richter, Abgeordnete. Irgendwann - zwischen 50 und 60 – werden gewerblich Tätige über Sozialpläne in den Vorruhestand oder in die Arbeitslosigkeit geschickt – oft mit eingeschränkter Gesundheit.

Da muss es Teil des Konzepts für „gute Arbeit“ sein, dass nach Jahrzehnte langer Arbeit - trotz Erwerbsminderung und trotz vorzeitiger Freisetzung - die Rente zum Leben reicht und den Lebensstandard absichert.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Drittens: Nur wenige Arbeitsplätze werden gegenwärtig unbefristet besetzt und mit Tariflohn entgolten. Immer häufiger kommen Leiharbeiter zum Zuge, die nicht „Arbeitsspitzen“ abbauen, sondern nur die Lohnkosten senken sollen.

In gleichem Maß wie die Lohnkosten sinken, sinkt auch die Verantwortung der Arbeitgeber für ein erfülltes, gesundes und ertragreiches Arbeitsleben für ihre „ausgeliehenen“ Arbeitskräfte. Im neoliberalen Konzept von entmenslichter „Arbeitskraft“ als „Billig – Ware“ ist daher wenig Platz für „Gute Arbeit“.

Auch in den Reihen von Rot-Grün war Wolfgang Clement nicht der einzige „Modernisierer“, der für die Entgrenzung der Leiharbeit war. Heute dämmert vielen Befürwortern von damals, dass massenhafte Leiharbeit im Gegensatz zum Konzept „Guter Arbeit“ steht. Der Arbeitsmarkt funktioniert mit Leiharbeit nicht besser, zusätzliche Beschäftigung wächst nicht auf. Es entstehen vor allem weitgehend entrechtete Beschäftigungsverhältnisse.

Tagelöhner –
Kolleginnen und Kollegen,
gibt es in der Dritten Welt.

„Gute Arbeit“ aber kennt keine modernisierte Tagelöhnererei!

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Genossinnen und Genossen!

Viertens: Unser Bildungs- und Ausbildungssystem reicht nicht mehr hin, um den Bildungserfordernissen und Bildungsbedürfnissen junger Menschen ausreichend Rechnung zu tragen. Regionalwirtschaftlich betrachtet, kann also „gute Arbeit“ deshalb nicht schnell vorankommen, weil junge Menschen am Anfang ihrer beruflichen Laufbahn zu wenig gefördert und qualifiziert werden. In der Folge haben wir bald einen Fachkräftemangel.

Es muss also die stärkere gesetzliche Regulierung von Bildung und Ausbildung mit kostenfreien Zugängen für alle und zu allen Ausbildungseinrichtungen Teil des „Konzepts für Gute Arbeit“ werden. Die SPD ist in diesem Handlungsfeld programmatisch gut aufgestellt – finden wir. Der „Deutschlandplan“ fordert den „Rechtsanspruch auf Weiterbildung“ und Gebührenfreiheit von der Krippe bis zur Hochschule.

Das sind gute Vorschläge für zukünftige „gute Arbeit“. Jetzt gilt es diese Verbesserungen durchzusetzen. Es nützt den Jungen, den Alten, den Betrieben und dem Gemeinwohl – und es ist schon längst mehrheitsfähig.

„Gute Arbeit“ - wir sollten sie unseren neoliberalen Gegenspielern in allen Facetten aufzwingen.

Danke.